

Antwort auf Ideen der Bundesregierung vom 23.01.2012

Wir haben die Bankenkrise nicht verursacht und wir sind nicht Griechenland.
Ein Sonderopfer für die öffentlich Bediensteten wegen ihrer Arbeitsplätze
in Diskussion zu bringen ist absurd und volkswirtschaftlich falsch.

Nulllohnstunden zum jetzigen Zeitpunkt für weit vorausliegende Jahre anzukündigen
schädigt die Wirtschaft, die Motivation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
generell und speziell im Öffentlichen Dienst, und erzeugt so einen Bumerang.

Nachdem rund die Hälfte der öffentlich Bediensteten einen privatrechtlichen Vertrag
besitzt und kündbar ist, ist das permanente Hervorkehren eines sicheren Arbeitsplatzes
als Privileg verwerflich und dient dazu, einer Spaltung innerhalb der Bevölkerung
Vorschub zu leisten.

Sichere Arbeitsplätze in allen Bereichen sind besondere sozialpolitische Anliegen und
grundsätzlich ein sehr großer Wert. Deshalb solche Arbeitsplätze mit einer Art Steuer
zu belegen, ist unverständlich. Ein derartiges Sonderopfer steuerlich oder wie auch
immer versteckt, wird strikt zurückgewiesen.

Die Öffentlich Bediensteten, die einen Ruhebezug und keine Pension beziehen, haben
sich diesen auch durch ihren finanziellen Beitrag, nämlich höhere Pensionsbeiträge,
unbegrenzte Beitragshöhe sowie Leistung eines Pensionsversicherungsbeitrages
erarbeitet.

Darüber hinaus erhalten Bezieher eines Ruhebezuges keine Abfertigung. Alle öffentlich
Bediensteten leisten bei der Sozialversicherung (BVA) einen Behandlungsbeitrag.

Wir haben das Recht, dass nicht laufend an unserer Lebensverdienstsumme gekratzt
wird. Vielmehr verlangen wir seit langem eine neue Besoldungsstruktur mit
entsprechenden Anfangsbezügen.

Wir haben in den vergangenen Jahren bereits einen bedeutenden Beitrag durch
Gehaltserhöhungen, die unter der Inflationsrate lagen, geleistet.

Die Beachtung aller dieser Positionen ist keine Klientelpolitik, sondern gesellschafts-
politische Ehrlichkeit und Gerechtigkeit. Wir bekennen uns zu differenzierten Arbeits-
und Sozialrechten sowie zur Lebensstandardsicherung in der Pension.

Schluss mit der Verschleuderung von Steuergeldern zB durch Inserate der
Bundesregierung, nicht Einbringen von Steuerausständen.

Schluss mit der Jagd auf öffentlich Bedienstete und öffentliche Arbeitsplätze.

Schluss mit der Beichtstuhlmentalität, die in dieser Form in einer Demokratie keinen
Platz haben sollte.

Schluss mit der Gerüchteküche.

Schluss mit laufenden neuen destruktiven Vorschlägen.

Rückfragen: GÖD-Vorsitzender Salzburg Prof. Hans Siller

Kaigasse 23, 5020 Salzburg

Tel.: 0664/44 31 858